

Das Politische Samstagsgebet...

...entstand als Münchner Reaktion auf den Weltwirtschaftsgipfel im Herbst 1999.

Alle zwei Monate treffen wir uns an einem Samstag um 18 Uhr zu einem brisanten Thema.

Das Politische Samstagsgebet erinnert an das Politische Nachtgebet von Dorothee Sölle, an die christliche Basisbewegung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, den feministischen Aufbruch und die Wiederentdeckung weiblicher und partnerschaftlicher Spiritualität durch Männer und Frauen und an die Montagsgebete, die in der DDR die Menschen für eine friedliche Revolution versammelten.

Die aus Feiern, Meditation und Gesang erwachsende Kraft unterstützt und inspiriert unser Erkennen und Handeln. An der Tradition gelebter Religion anknüpfend, entsteht ein weltanschaulich offenes neues Forum des Um-denkens und Vorwärtsgehens.

www.politisches-samstagsgebet.de

„Vor unseren Augen entstehen heute im Zuge von Deregulierung und Globalisierung der Wirtschaft neue Formen der Sklaverei. Heute sind die schlimmsten Verletzungen der Menschenrechte die Folgen der Weltwirtschaft. Schrankenloser Welthandel ist der neue Götze, der uns beherrscht!“
Dorothee Sölle

V.i.S.D.P.: Gabriele Hiltz, c/o pax christi München
Marsstr.5, 80335 München
muenchen.paxchristi.de
paxchristi.muenchen@t-online.de

"Lebe einfach,
damit andere
einfach überleben können."

Dorothy Day

Beteiligte Gruppen:

Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der Ev.-luth. Kirche (afa) - Arbeitslosen-seelsorge in der Erzdiözese München und Freising - Attac München - Bayerischer Flüchtlingsrat, Deutsche Friedensgesellschaft /Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen und Kriegsdienstgegner E.F. - Schumacher-Gesellschaft - FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk FIAN München - Friedensreferat des Internationalen Versöhnungsbundes - Deutscher Zweig - Forum Ziviler Friedensdienst - Internationale Frauen-liga für Frieden und Freiheit - Katholische Arbeitnehmer Bewegung - Diözesanverband München und Freising e.V. (Bezirksverband München) - Münchner Flüchtlingsrat - Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (kda) - Münchner Friedensbündnis - Netzwerk Friedenssteuer - Nord Süd Forum - Ökumenisches Netz Bayern - pax christi in der Erzdiözese München und Freising - Refugio München

Nächstes Politisches Samstagsgebet:

**Thema: Sicherheit neu denken –
auch in Kriegszeiten?**

Referentin: Gudrun Haas

**Samstag, den 29.Juni 2024
um 18.00 Uhr**

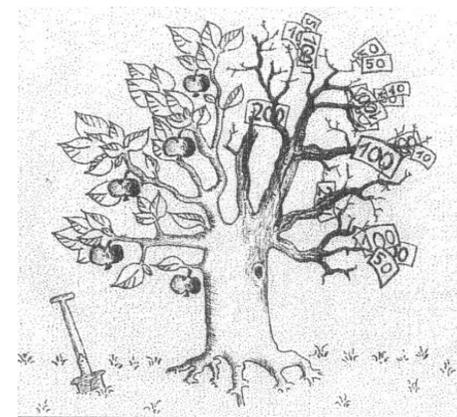
wieder in der KHG, Leopoldstr.11

Das Politische Samstagsgebet

**„Green Deal“
Europa als Wegweiser?**

**Referent: Erwin Schelbert
Oberstudiendirektor i.R.**

**Geistlicher Impuls:
Eva Haubenthaler**



**Samstag, den 23. März 2024
18.00 Uhr**

Kath. Hochschulgemeinde
Leopoldstr. 11; U3/U6 Giselastraße
Ausgang Georgenstraße

Danach: Brot und Wein

„Green Deal“ Europa als Wegweiser?

In einem offenen Brief haben schon im Jahr 2018 vom Klimawandel betroffene Menschen aus verschiedenen Ländern an die EU geschrieben:

„Wir appellieren an die EU-EntscheidungssträgerInnen, auf die Stimme der Wissenschaft zu hören und die EU-Klimaziele für das Jahr 2030 auf einen Pfad zu bringen, der mit dem 1,5°-Ziel vereinbar ist. Dies ist der einzig mögliche Weg, um die BürgerInnen der EU vor den schlimmer werdenden Auswirkungen des Klimawandels zu schützen. Und der einzig mögliche Weg, um als eine Generation von EU-PolitikerInnen in Erinnerung zu bleiben, die Geschichte zum Wohle aller geschrieben hat.“

Das war wohl auch ein Grund für die EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen, dass sie die Begrenzung der Erderwärmung zu einem der wichtigsten Themen ihrer Amtszeit gemacht hat. Ihr so genannter Green Deal von 2019 soll dazu beitragen, dass Europa im Jahr 2050 erster klimaneutraler Kontinent wird. Um das zu schaffen, müssen die bisherigen Klimaziele erheblich verschärft werden.

„Der europäische Grüne Deal ist unsere neue Wachstumsstrategie. Er wird es uns ermöglichen, die Emissionen zu senken und gleichzeitig Arbeitsplätze zu schaffen.“ so Ursula von der Leyen.

„Wir schlagen einen grünen und inklusiven Übergang vor, der dazu beiträgt, das Wohlergehen der Menschen zu verbessern und für künftige Generationen einen gesunden Planeten zu sichern.“, so schwärmt Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission.

In der Verlautbarung der EU-Kommission heißt es: „Der europäische Grüne Deal soll zur Verbesserung des Wohlergehens der Bürgerinnen und Bürger beitragen. Die Schaffung eines klimaneutralen



Europas und der Schutz unseres natürlichen Lebensraums werden sich positiv auf die Menschen, den Planeten und die Wirtschaft auswirken. Niemand wird zurückgelassen.

Die EU wird bis 2050 klimaneutral sein. Die Kommission wird ein europäisches Klimaschutzgesetz vorschlagen, damit diese politische Verpflichtung rechtsverbindlich und zum Auslöser für Investitionen wird.“

Um dieses Ziel zu erreichen, sind weitreichende Maßnahmen in allen Sektoren der Wirtschaft erforderlich: Energie, Gebäude, Industrie, Mobilität und Landwirtschaft.

Für ihren Einsatz für den European Green Deal wurde EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen mit dem Ehrenpreis des Deutschen Nachhaltigkeitspreises ausgezeichnet.

Der Investitionsplan für den europäischen Grünen Deal sieht vor, in den kommenden zehn Jahren öffentliche und private Investitionen in Höhe von mindestens einer Billion Euro zu mobilisieren.

Erwin Schelbert, i.R. war in der Studiengesellschaft für Friedensforschung München e.V. beschäftigt und ist seit vielen Jahren in der Friedensbewegung engagiert

Eva Haubenthaler war lange Zeit als Gemeindefereferentin in der Klinikseelsorger tätig und engagiert sich als pax christi Mitglied in der Gruppe Erding-Dorfen.

Dafür möchte die EU-Kommission zwischen 2021 und 2030 öffentliche und private Investitionen in Klimaprojekte von etwa 100 Milliarden Euro pro Jahr einsetzen.

Was ist neu und wirklich grün an diesem als hoch ambitioniert gepriesenem Green Deal und wie ist er in seiner Wirkung zu beurteilen? Kann dadurch tatsächlich die versprochene sozial-ökologische Wende erreicht werden und wird die notwendige Verringerung des ökologischen Fußabdrucks nicht zu Lasten der Menschen führen, die ohnehin am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, aber am wenigsten dafür verantwortlich sind?

Ist die vorgelegte Taxonomie (Nachhaltigkeitskriterien) gar ein Beispiel von Greenwashing und ist auch die Fortsetzung der bestehenden Wachstumsstrategie ein Irrweg?

Umweltverbände erachten die Ziele als unzureichend, während Industrieverbände und die Landwirtschaft sie als überzogen sehen und nachteilige Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Wettbewerbsbedingungen befürchten. Auch die enormen finanziellen Kosten für alle BürgerInnen werden kritisiert. Ob die Mehrheit der Bevölkerung die Maßnahmen mitträgt, die auch zu Einschränkungen im persönlichen Lebensstil führen, wird bezweifelt.

Auch Entwicklungs- und Schwellenländer üben Kritik, da sie Nachteile bei der EU-Handelspolitik befürchten, die dann vorrangig klimapolitische Ziele verfolgt.

Aufgrund der Kritik hat die EU-Kommission selbst Rückzieher bei ihren Plänen gemacht und das Klimaschutzgesetz verwässert. Die EU-Wahlen im Juni könnten gar den gesamten Deal zum Scheitern bringen.

(Der Text stammt von Erwin Schelbert)